Korte kommunal:

In der Rubrik „Korte kommunal“ lassen wir KommunalpolitikerInnen aus dem Wahlkreis Anhalt zu Wort kommen. Dieses Mal sprechen wir mit Silvia Ristow, Dezernentin der Stadt Bernburg (Saale) und Oberbürgermeisterkandidatin

Silvia Ristow ist Dezernentin in der Bernburger Stadtverwaltung, Mitglied der LINKEN und Vorsitzende des Haushaltsauschusses im Kreistag des Salzlandkreises. Und sie tritt bei der Oberbürgermeisterwahl am 26. September in Bernburg (Saale) an.

Korte konkret: Was würdest Du als die drängendsten Probleme der Kommunen bezeichnen?

Silvia Ristow: Als erstes: die unzureichende Finanzausstattung. Möchte man gestalten und nicht nur verwalten, ist Geld bitter nötig. Es besteht ein erheblicher Investitions- und Reparaturstau. Die Bedingungen im Bereich Bildung müssen verbessert werden. Außerdem sind Kultur, Sport und Soziales grundlegend wichtig für ein gutes Leben der Bevölkerung, an dem alle teilhaben können.

Als zweites: die Rückkehr zu einem Leben, das trotz Corona und notwendiger Vorsicht wieder offener ist. Die Folgen der Pandemieregeln sind überall in Zurückhaltung, Verzicht und Mangel zu spüren. Kinder, Eltern, Großeltern, die erwerbstätige Bevölkerung, Firmen und Vereine benötigen ein Aufatmen und eine sorgsame Öffnung. Zuwendung zueinander ist dringend erforderlich, nicht zuletzt für den heimischen Handel.

K.k.: Was treibt Dich trotz aller Probleme an, dich für die Stadt zukünftig noch mehr einbringen zu wollen?

S.R.: All das, was Bernburg ausmacht und was an Möglichkeiten in dieser Stadt steckt. Ich bin seit 1999 Dezernentin für die inneren Dienste, alle Prozesse der Stadt tangieren meinen Bereich: Stadtrat, Personal oder

„Kultur, Sport und Soziales sind wichtig für ein gutes Leben für alle in der Stadt“

Finanzen. Der Entwicklungsprozess einer Stadt ist total spannend, man lernt viel und oft hat man das Glück, die eigene Handschrift im städtischen Leben wieder zu finden, im Alltag der Menschen, die davon profitieren. Diese Verantwortung reizt mich.

K.k.: Was kann denn eine LINKE Oberbürgermeisterin konkret anders bzw. besser machen?

S.R.: Grundsätzlich möchte sicherlich jeder OB seine Stadt positiv entwickeln. Ich bin nahbar, kann besonders gut zuhören, unterschiedliche Bedürfnisse gegeneinander abwägen und Entscheidungen erklären. Nicht jede gute Idee ist umsetzbar, aber man muss es wenigstens versuchen!

1	5							4
3		2			4			
			7			8		
				9		2	4	1
2								3
4	9	7		1				
		4			5			
			1			4		9
6							8	5

Konkret mitmachen!

Wenn Sie mitmachen wollen, zum Beispiel die „Korte konkret“ in Ihrer Nachbarschaft verteilen, oder das Team von Jan Korte unterstützen wollen, schreiben Sie bitte eine Mail an: *kontakt@jankorte.de*

Die Arbeit der LINKEN im Wahlkreis Anhalt können Sie auch finanziell unterstützen:

DIE LINKE. Anhalt-Bitterfeld
Kreissparkasse Anhalt-Bitterfeld
IBAN: DE45 8005 3722 0302 0045 80

DIE LINKE. Salzlandkreis
Salzlandsparkasse
IBAN: DE08 8005 5500 0370 0442 31

So hat Jan Korte abgestimmt:

Besonders wichtige Entscheidungen trifft der Bundestag oft in Namentlicher Abstimmung. Wählerinnen und Wähler können so prüfen, wie Abgeordnete ihres Wahlkreises abstimmen. Eine Auswahl der wichtigsten Abstimmungen dieser Wahlperiode dokumentieren wir hier (Stimmverhalten nach Inhalt, nicht Beschlussempfehlung).
Eine vollständige Liste finden Sie auf www.jankorte.de/namentliche

19.5.2021 Bundeswehreinsatz in Mali
Jan Korte (DIE LINKE): Nein
Kees de Vries (CDU): n. teilg.

6.5.2021 Impfstoffpatente freigeben
Jan Korte (DIE LINKE): Ja
Kees de Vries (CDU): Nein

21.4.2021 Bevölkerungsschutzgesetz
Jan Korte (DIE LINKE): Nein
Kees de Vries (CDU): Ja

11.12.2020 Bundeshaushalt 2021
Jan Korte (DIE LINKE): Nein
Kees de Vries (CDU): Ja

17.9.2020 Finanzielle Entlastung der Kommunen
Jan Korte (DIE LINKE): Ja
Kees de Vries (CDU): Ja

14.5.2020 Corona-Aufschlag auf die Grundsicherung
Jan Korte (DIE LINKE): Ja
Kees de Vries (CDU): Nein

18.10.2019 Grundsteuer nicht länger auf Mieterinnen und Mieter umlegen
Jan Korte (DIE LINKE): Ja
Kees de Vries (CDU): Nein

21.2.2019 Verbot der Information über Abtreibungen abschaffen
Jan Korte (DIE LINKE): Ja
Kees de Vries (CDU): Nein

Impressum

V.i.S.d.P.: Jan Korte MdB
Redaktionsschluss: 2.7.2021

Anschrift Büro Berlin
Jan Korte MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 / 227 71100
Fax: 030 / 227 76201

E-Mail: kontakt@jankorte.de

Internet: www.jankorte.de
www.facebook.com/jankortemdb
www.twitter.com/jankortemdb
www.instagram.com/jankorte77

Für Sie da: Die Bürgerbüros von Jan Korte

Bürgerbüro Bernburg
Kleine Wilhelmstraße 2b
06406 Bernburg
Tel.: 0 34 71 / 62 29 47
Fax: 0 34 71 / 62 29 47
jan.korte.wk@bundestag.de

Bürgerbüro Bitterfeld-Wolfen
Kirchstr. 2
06749 Bitterfeld-Wolfen
Tel.: 0 34 93 / 40 15 94
Fax: 0 34 93 / 82 49 57
bitterfeld@jankorte.de

Bürgerbüro Köthen
Friedrich-Ebert-Str. 22
06366 Köthen
Tel.: 0 34 96 / 30 33 91
Fax: 0 34 96 / 30 33 90
koethen@jankorte.de

Bürgerbüro Staßfurt
Löderburger Str. 94
39418 Staßfurt
Tel.: 0 39 25 / 32 23 81
Fax: 0 39 25 / 32 23 81
stassfurt@jankorte.de

Zeitung des Bundestagsabgeordneten Jan Korte für den Wahlkreis Anhalt und den Harz www.jankorte.de www.facebook.com/jankortemdb

Korte konkret

DIE LINKE.

Liebe Leserin, lieber Leser,

auch in meinem Wahlkreis Anhalt kehrt wieder ein Stück Normalität ein, können wir endlich wieder ohne Sorge Freunde und Bekannte treffen, draußen sitzen und ins Schwimmbad gehen.

Aber soll es auch wieder Normalität sein, dass wegen Personalmangels jede Woche Unterricht an den Schulen ausfällt, dass Pflegekräfte total überlastet sind, dass Kinderarmut grassiert und Krankenhäuser weiter dichtgemacht werden? Ich meine: Nein, zurück zu einer solchen Normalität wollen wir nicht!

DIE LINKE im Bundestag will, dass aus der Krise gelernt wird. Wir wollen, dass der Sozialstaat, die Schulen und das Gesundheitssystem krisenfest aufgebaut werden. Dass unsere Grundrechte geschützt werden. Dass die Bevölkerung mehr zu sagen hat, als die Lobbyisten der großen Konzerne. Und dass nicht die kleinen Leute, sondern die Superreichen, die in der Krise noch reicher geworden sind, diesmal die Rechnung zahlen.

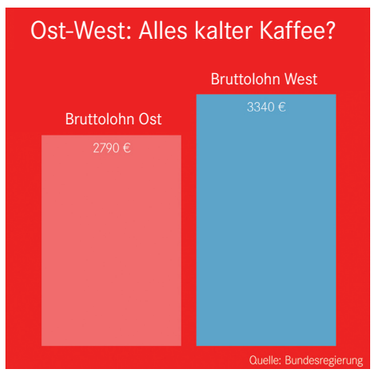
Andere bekommen für ihre Politik ohne Ende Spenden von Konzernen. DIE LINKE nicht. Ich mache Politik für die Leute in Bernburg, Bitterfeld-Wolfen, Köthen, Staßfurt oder Zerbst und gebe Ihnen eine Stimme im Bundestag. Und ich möchte mich gerne auch in der kommenden Wahlperiode für Sie einsetzen.

Viel Spaß beim Lesen wünscht

Ihr Jan Korte

Wer finanziert den Sozialstaat?

Ost-West: Alles kalter Kaffee?



Reiche ziehen nach Monaco?

Der Reichtum muss gerecht verteilt werden!

Jan Korte im Bundestag: „Man muss doch mal sehen, wie es bei Leuten ankommt, wenn ein DAX-Vorstand durchschnittlich 5,6 Millionen Euro Jahresgehalt hat. Dafür müsste eine Pflegekraft 156 Jahre arbeiten!“

Die Zahlen auf der Titelseite zeigen: Für die Superreichen auf der Welt und in Deutschland waren die letzten Monate keine Krise, sondern eine Goldgrube. Während etliche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Kurzarbeit waren und im schlimmsten Fall ihre Arbeit verloren haben, ist das Vermögen der Reichsten vor allem durch Aktiengewinne gewachsen.

DIE LINKE hat nichts gegen Reiche, aber gegen Ungerechtigkeit. Deshalb wollen wir umverteilen. Superreiche können sich Privatschulen für ihre Kinder leisten, einen Pool auf ihrem Grundstück bauen oder die besten Privatärzte und -kliniken bezahlen. Aber 90 Prozent der Bevölkerung können das nicht. Sie sind auf eine gute, öffentliche Infrastruktur angewiesen. Mit einer einmaligen Vermögensabgabe könnten über 300 Milliarden Euro für öffentliche Investitionen gewonnen werden. Und auch mit einer dauerhaften Vermögensteuer würden Reiche immer noch mehr Geld haben, als sie jemals in ihrem Leben ausgeben können - aber wir könnten mehr gegen die Kinderarmut tun.

Kleine und mittlere Einkommen hingegen wollen wir entlasten. Konkret: Wer zum Beispiel den Vollzeit-Durchschnittslohn von 48.000 Euro bekommt, würde mit dem Steuermodell der Linksfraktion 1.500 Euro im Jahr weniger Steuern bezahlen als jetzt.

„Für die Pflege ist es weit nach zwölf!“

Iris Hahn ist Betriebsratsvorsitzende im AMEOS-Klinikum Bernburg. Ihre Botschaft an die Politik: Wer das Gesundheitssystem verbessern will, muss die Pflegeberufe attraktiver machen.

DIE LINKE macht seit Jahren auf den herrschenden Pflegenotstand in Kliniken und Pflegeeinrichtungen aufmerksam. In der Pandemie sind die Probleme im Gesundheitswesen noch offener zu Tage getreten. Wir haben Iris Hahn, Betriebsratsvorsitzende am AMEOS-Klinikum Bernburg, zu den Herausforderungen in der Pflege und möglichen Lösungen befragt.

Korte konkret: Wodurch zeichnet sich der Pflegenotstand vor allem aus?

Iris Hahn: Die Beschäftigten sind zunehmend ausgebrannt, was sich durch höheren und längeren Krankenstand bemerkbar macht. Manche kehren dem Beruf und der Arbeit in der Pflege und in den Kliniken gänzlich den Rücken.

K.k.: Wie hat sich die Situation während der Pandemie verändert?

I.H.: Die Situation ist noch schlimmer geworden, denn es gab schon vor Corona Personalmangel in der Fachpflege. Die Corona-Patienten kamen noch oben drauf und deren Betreuung war mit erheblichem Mehraufwand verbunden. Verlässliche Dienstpläne sind noch rarer geworden, Dienstplanänderungen sind leider tagtägliches Geschäft, was zu Lasten des Privatlebens der in der Pflege Beschäftigten geht.

K.k.: Welche Rolle spielt der Profitdruck an den Kliniken und welchen Lösungen sehen Sie?

I.H.: Lösungsansätze wären für mich, die kommunalen Kliniken wirksam vor weiteren Privatisierungen zu schützen, eine schnellstmögliche Entprivatisierung bereits privatisierter Kliniken, die Abschaffung des umstrittenen pauschalierten Abrechnungsverfahrens und härtere Sanktionen für Klinken, wenn diese die Pflegepersonaluntergrenzen in pflegesensitiven Bereichen unterschreiten.

K.k.: Mit welcher Maßnahmen müsste angefangen werden?

I.H.: Die Verantwortlichen in Kommunen, Land und Bund müssen erkennen: Für die Pflege ist es nicht fünf vor zwölf, sondern es ist weit nach zwölf. Bitte machen sie diesen Beruf zum Wohle der Beschäftigten und der Patienten wieder attraktiv!

Korte kurz:

Masken verschenken statt daran verdienen

Die Pandemie hat allen enorm viel abverlangt. Jan Korte und sein Team haben deshalb versucht, zu unterstützen, wo es nur geht. Bundestagsabgeordnete der LINKEN verschenkten tausende FFP2-Masken an Menschen mit kleinen Renten und niedrigen Einkommen sowie an Erwerbslose - während CDU-Politiker mit Maskendeals dicke Provisionen eingesammelt haben.

In den Wahlkreisbüros (Kontakt S. 4) wurde der Heimunterricht mit einem Kopier- und Druckservice unterstützt. Trotz Vorsichtsmaßnahmen in der Pandemie gab es durch eine Vielzahl von Telefonsprechstunden und per Mail einen regen Austausch, der nach den Lockerungen mit Infoständen und Dorfrundgängen auch wieder im persönlichen Gespräch stattfinden konnte.

Gesundheit statt Profite

Krankenhäuser sollen keinen Profit abwerfen, sondern Menschen gesund machen. Marktdenken und Profitlogik haben im Gesundheitssystem nichts verloren - das hat Jan Korte in seiner Bundestagsrede am 5. Mai 2021 betont. Seine Forderungen: „Erstens: Ein sofortiger Stopp aller Privatisierungen. Zweitens: Ein sofortiger Stopp aller Krankenhausschließungen. Drittens: Wir brauchen sofortige umfangreiche Hilfe für die Kommunen, in denen es noch kommunale Krankenhäuser gibt, die aufgrund der pandemiebedingten Ausfälle vor der Pleite stehen. Denen muss sofort geholfen werden. Viertens: Es muss eine ganz neue Regel geben: Die privaten Krankenhauskonzerne, die Dividenden auszahlen, bekommen keinen Cent Steuergeld mehr. Es muss endlich darum gehen, eine anständige, würdige und respektvolle Bezahlung der Pflegekräfte, der Reinigungskräfte und all der anderen zu gewährleisten.“

Oppositionsauftrag: Regierungskontrolle

Initiativen der Fraktion DIE LINKE im Bundestag seit der letzten Bundestagswahl:

3.462

Darunter 597 Anträge, 2.696 Kleine Anfragen, 36 Gesetzentwürfe, 127 Entschließungsanträge, 6 Große Anfragen

Stand 7 / 2021

„Laut Informationen der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken im Bundestag“ ist eine gängige Formulierung in Zeitungen und Nachrichtensendungen. Als Opposition haben wir nachgehakt, wo es Probleme gab und so manche Information an die Öffentlichkeit gebracht. Und wir haben mit unseren Anträgen und Gesetzentwürfen gezeigt, wie es besser geht.

Konsequent für Frieden und Abrüstung

Seit 2015 hat der Bund 340 Millionen Euro zur Förderung von Schwimmbadsanierungen ausgegeben. Zwei Drittel der beantragenden Kommunen gehen leer aus, weil dieser Betrag hinten und vorne nicht reicht.

In der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses dieser Wahlperiode ließ sich die Bundesregierung aber für eine Handvoll Rüstungsprojekte 19 Milliarden genehmigen - 55 Mal so viel wie ihnen die Sanierung der Schwimmbäder wert ist. DIE LINKE hat als einzige Fraktion alle Aufrüstungsvorlagen abgelehnt - so wie die Auslandseinsätze der Bundeswehr. Die Politik der Konfrontation zwischen den NATO-Staaten und China oder Russland muss beendet werden. Eine Aufrüstungsspirale schadet allen - das hat die Linksfraktion im Bundestag immer wieder deutlich gemacht. Wir fordern eine Politik der internationalen Kooperation und Entspannung.

Tarifverträge: Für gute Arbeit kämpfen!

Unterstützung für den Warnstreik im Achslagerwerk Staßfurt.

Im Staßfurter Achslagerwerk der Silbitz Gruppe werden Bauteile für Windkraftanlagen und Schienenfahrzeuge bearbeitet. Die Beschäftigten kämpfen seit Monaten zusammen mit der IG Metall für einen Tarifvertrag.

Mit einem Warnstreik wurde im Juni der Druck erhöht, um die Geschäftsleitung endlich zum Einlenken zu bringen. Die Forderung: Der Arbeitgeber soll, wie an den anderen Standorten des Unternehmens, nach Tarif zahlen und eine einmalige Corona-Pauschale in Höhe von 500 Euro umsetzen. Jan Korte machte den Beschäftigten Mut und bestätigte ihren Kurs, sich zusammen mit dem Betriebsrat für eine gute Bezahlung einzusetzen: „Ist eure Arbeit weniger wert, als die der Beschäftigten an den anderen Standorten? Ihr verdient zum Teil nur 75% ihres Lohns. Was sind das für Zustände? Ihr habt meine volle Unterstützung!“, rief er gut 100 Kolleginnen und Kollegen beim Warnstreik vor dem Betriebsgelände zu.

Die MitarbeiterInnen des Staßfurter Standortes, die im Frühjahr bereits mit einer aktiven Pause und einem Autokorso auf sich aufmerksam machten, zeigten sich kämpferisch. „Wir sind bereit, solange zu kämpfen, bis wir unsere Ziele erreicht haben. Die Mitarbeiter stehen hinter der Sache und sind bereit den Arbeitskampf auszudehnen“, so der Staßfurter Betriebsratschef.

Gut zu wissen: Betriebe mit Tarifvertrag bieten deutlich bessere Arbeitsbedingungen als Betriebe ohne Tarifbindung. So arbeiten Vollzeitbeschäftigte in tariflosen Betrieben im Mittel wöchentlich ca. 1 h länger und verdienen 11 % weniger als Beschäftigte in Betrieben mit Tarifbindung. (WSI-Studie März 2021)

Betriebsrat gründen? Informationen auf: https://sachsen-anhalt.dgb.de/

Über 40.000 Euro Spenden aus Diäten

Bundestagsabgeordnete bekommen eine Aufwandsentschädigung, die ihre Unabhängigkeit sichern soll. Auf zusätzliche Nebenverdienste sind Abgeordnete nicht angewiesen - erst recht nicht auf Millionen-Provisionen für Krisengeschäfte, wie sie einige CDU/CSU-Abgeordnete kassiert haben.

Einen Teil ihrer Diäten haben die Abgeordneten der LINKEN in einem eigens dafür gegründeten Verein gesammelt und gespendet. Seit der letzten Bundestagswahl 2017 hat Jan Korte in der Region Anhalt und im Harz über 40.000 Euro aus dem Spendenfonds der Linksfraktion übergeben. Mit dem Geld haben Sportvereine zum Beispiel Trikots für Jugendmannschaften besorgt. Die DLRG wurde bei der Beschaffung von Geräten unterstützt, Schwimmbäder bei Sanierungsvorhaben oder Kleingartenvereine bei Sommerfesten.